

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 496

Mittwoch, 26. Oktober 2011

18. Jahrgang

Schutz für bedrohte UmweltaktivistInnen in Guatemala

von Lena Niehaus (bis März 2011 *pbi*-Freiwillige in Guatemala)

„Das Wasser kommt nicht aus dem Wasserhahn. Es kommt aus den Bergen“, rufen die aufgebrachten DemonstrantInnen. Wir begleiten eine Demonstration der *Organisation zum Schutz des Berges Las Granadillas* (Asociación para la Protección de la Montaña de Las Granadillas, APMG, vgl. ¡Fijáte! 484). Die Demonstration wendet sich gegen die Abholzung des Berges, der Hauptbezugsquelle von Wasser in der ansonsten sehr trockenen Region Zacapa im Osten Guatemalas.

Gegründet wurde die Organisation APMG im Jahr 2003, als den BewohnerInnen der Region bewusst wurde, dass sowohl die Wasservorkommen als auch die Biodiversität in der Region durch den massiven Holzbau, die illegale Abholzung und die Ausbreitung privater Flächen für Viehzucht und Monokulturen bedroht sind. Neben dem Kampf für den sofortigen Stopp der Abholzung setzt sich die APMG mit einem Gesetzesentwurf im guatemaltekischen Kongress dafür ein, dass das Gebiet zum nationalen Schutzgebiet erklärt wird. Durch ihr Engagement gefährden sie die wirtschaftlichen Interessen mächtiger Akteure in der Region. So wurden Mitglieder der Organisation schon oft Opfer von Drohungen, Verleumdungen und Verfolgungen. Sogar Morddrohungen wurden gegen LeiterInnen der Organisation ausgesprochen. Die MenschenrechtsverteidigerInnen stehen in dieser Situation jedoch nicht alleine.

Seit 2008 wird die APMG von internationalen Freiwilligen der *peace brigades international (pbi)* begleitet. Durch die Schutzbegleitung wollen die Freiwilligen einen Handlungsraum schaffen, damit die Menschenrechts- und UmweltaktivistInnen trotz Bedrohungen ihre Arbeit fortsetzen können. Das bedeutet, dass die Freiwilligen von *pbi* die Mitglieder der Organisation regelmässig besuchen, sich nach ungewöhnlichen Vorkommnissen erkundigen und bei Veranstaltungen sowie Demonstrationen anwesend sind. Voraussetzung für eine funktionierende Schutzbegleitung ist der internationale Rückhalt, denn Gewaltakteure fürchten das Licht der Öffentlichkeit. Die Präsenz der *pbi*-Freiwilligen zeigt den Aggressoren, dass ihr Handeln national und international Konsequenzen haben kann. Es ist daher wichtig, dass das *pbi*-Team gut vernetzt ist und Kontakte zu AkteurInnen auf lokalen, nationalen und internationalen Ebenen pflegt. Doch nicht nur Schutz wird durch die Begleitung gewährleistet. Die Anwesenheit von internationalen Freiwilligen ist darüber hinaus auch moralische Unterstützung für die Mitglieder der Organisation. Es wird ihnen so das Gefühl vermittelt, mit ihrer Arbeit nicht alleine zu sein.



APMG-Demonstration (Foto: *pbi*)

Nach der eingangs beschriebenen Demonstration trafen sich *pbi*-Freiwillige mit Mitgliedern der Organisation, um zu erfahren, ob es besondere Vorkommnisse gab. Alle waren nervös und angespannt, weil die DemonstrantInnen von einem grossen schwarzen Pickup aus gefilmt wurden. Einige Mitglieder hatten sogar Morddrohungen erhalten. Diese wurden entweder auf einem Stück Papier unter dem Türspalt ihrer Wohnungen durchgeschoben oder während der Demonstration im Vorbeigehen ausgesprochen.

Die beiden Freiwilligen von *pbi* machten sich Notizen für die interne Dokumentation der Ereignisse. Solche Ereignisse sind für die Freiwilligen von *pbi* ein Grund zur Sorge. Sie werden von den Vorfällen dem Rest des Teams berichten und gemeinsam überlegen, wie die UmweltaktivistInnen weiter geschützt werden können. Als erster Schritt sollen in den nächsten Wochen Gespräche mit nationalen und regionalen Behörden geführt werden, in denen *pbi* seine Besorgnis über die Situation Ausdruck verleiht. Ausserdem soll die Präsenz in der Region verstärkt und die Mitglieder der bedrohten Organisation häufiger begleitet werden. Da einzelne Mitglieder auch in ihren Häusern bedroht wurden, überlegt das Team die Schutzbegleitung auf den privaten Bereich der AktivistInnen auszuweiten. Zudem wird das Team Kontakt zu einigen Botschaften aufnehmen. Gerade die europäischen sind durch die Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern, die von der Europäischen Union verabschiedet wurden, dazu verpflichtet, MenschenrechtsverteidigerInnen zu schützen und zu unterstützen (vgl. <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cmsUpload/16332-re02.de08.pdf>).

Die Situation der APMG ist kein Einzelfall. Amnesty International dokumentierte in ihrem Jahresbericht 2010, dass es 305 Fälle von Drohungen, Einschüchterungen und Angriffe auf MenschenrechtsverteidigerInnen in Guatemala gab, 8 MenschenrechtsverteidigerInnen sind getötet worden

(vgl. <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2011/guatemala#mensenrechtsverteidiger>).

Laut der guatemaltekischen Menschenrechtsorganisation UDEFEGUA gab es im ersten Halbjahr 2011 172 Übergriffe auf AktivistInnen, die in den Bereichen Umwelt und Rechte indigener Völker arbeiten. Damit treffen mehr als die Hälfte alle Übergriffe MenschenrechtsverteidigerInnen dieser Gruppen (vgl. <http://www.udefegua.org/images/Informes/informesestral.pdf>).

pbi begleitet in Guatemala insgesamt 12 Organisationen. Neben UmweltaktivistInnen wie die Mitglieder der APMG werden indigene Organisationen und Gemeinden begleitet, die sich für die Aufarbeitung der Verbrechen des 36 Jahre andauernden Bürgerkrieges und der Straflosigkeit einsetzen, sowie Organisationen, die sich für eine gerechte Landverteilung engagieren. Die Begleitungen der *peace brigades international* orientieren sich an den Prinzipien der Gewaltfreiheit, Nicht-Einmischung und Nicht-Parteinahme. Das heisst, dass sowohl die *pbi*-Freiwilligen als auch die begleiteten Organisationen keine Gewalt zur Durchsetzung ihrer Ziele einsetzen. Das Prinzip der Nicht-Einmischung meint, dass sich die Freiwilligen nicht in die inneren Angelegenheiten der Organisationen, die sie begleiten, einmischen. Ausserdem ist *pbi* nicht-parteiisch und stellt sich nicht auf die Seite einer Konfliktpartei. Die Freiwilligen ergreifen nur Partei für die Menschenrechte. Den Morddrohungen, die gegen die Mitglieder der APMG am Morgen der Demonstration ausgesprochen wurden, folgten glücklicherweise bis heute keine Taten. Die Organisation setzt sich weiter für den Schutz der Wälder von Las Granadillas ein. Zu Drohungen und Verfolgungen kommt es jedoch immer noch. Für die Freiwilligen des *pbi*-Teams in Guatemala wird es daher auch weiterhin viel Arbeit geben. Weitere Infos unter <http://www.pbideutschland.de/>

Noch rasch hin! Anlässlich des 30jährigen Jubiläums von PBI

Sehen-Sprechen-Hören: *pbi*-Veranstaltungsreihe zu Guatemala in Hamburg

Wenn es soweit ist und der Mensch ein Unrecht nicht mehr anklagen kann, ohne bedroht zu werden, dann gibt *pbi* ihm wieder Raum, sich Gehör zu verschaffen durch den Schutz freiwilliger MenschenrechtsaktivistInnen. Daher veröffentlichen wir – gerade noch rechtzeitig – die Daten einer Veranstaltungsreihe in Hamburg (die Red.).

Sehen – Sprechen – Hören Guatemala

Feiern Sie mit PBI am 27., 28. und 29. Oktober, dass vielen der von der Organisation Begleiteten die Sprache wiedergegeben wurde, ihren Anklagen Gehör verschafft und ihnen Zuversicht für ihre Aktivitäten vermittelt wurde.

Donnerstag, 27. Oktober 2011 ab 19.30 Uhr

Sehen: „Erinnerung des Windes“ im Rahmen der Filmreihe „Menschenrechte“: Der Film aus Guatemala ist die Dokumentation eines Massakers im Jahr 1990 und steht für 500 Jahre Unterdrückung der guatemaltekischen Mayas durch die noch heute repräsentierte Oberschicht. Viele junge Indigene sehen im bewaffneten Kampf der Guerilla mittlerweile die einzige Möglichkeit, gegen die Fremdherrschaft Widerstand zu leisten, was das Regime zunehmend herausfordert.

Ort: MPZ Medienpädagogik Zentrum Hamburg e.V., Susannenstraße 14c/d, 20357 Hamburg

Freitag, 28. Oktober 2011 ab 19.00 Uhr

Sprechen und diskutieren: mit Claudia Samayoa und Lena Niehaus:

Claudia Samayoa ist die Leiterin der Abteilung Schutz der MenschenrechtsverteidigerInnen (MRV) in der Menschenrechtsorganisation UDEFEGUA. Diese wurde mit dem Ziel gegründet, die Sicherheit von MRV in Guatemala zu erhöhen. Sie bietet Seminare zur Fortbildung an und unterstützt psychologisch bei Bedrohung. *pbi*

ist seit Jahren in Guatemala tätig. Seit März 2010 musste die Begleitung intensiviert werden, da das Fahrzeug von Claudia Samayoa manipuliert worden war. Lena Niehaus arbeitete bis März 2011 als Freiwillige im pbi-Guatemalaprojekt, schildert die Gefahren, denen die MRV ausgesetzt sind, und erläutert die Idee der Schutzbegleitung.

Ort: Fakultät für Rechtswissenschaft der Uni Hamburg, EG Raum 18/19, Rothenbaumchaussee 33 in Hamburg
Veranstaltung der Lateinamerikatage, Eintritt frei, Spende erbeten

Samstag, 29. Oktober 2011 ab 17.00 Uhr

Hören: Benefiz-Konzert „Musik für Menschenrechte“ mit dem Duo „Madera Magica“ (Antonio Cosenza und Andreas Carstensen):

Gitarrenmusik aus verschiedenen Ländern und Epochen wird in der Johannes-Kirche aufgeführt. Die WELTLADEN-Gruppe, mit der pbi seit vielen Jahren verbunden ist und die die Arbeit der Organisation durch Verbreitung von Informationen und Spenden unterstützt, lädt hierzu ein.

Ort: Gemeindehaus der evangelischen Johannes-Kirche, Raalandsweg 5, 22559 Hamburg.

Mehr Informationen zu dem Musiker Antonio Cosenza können Sie auf seiner eigenen Website finden: <http://www.AntonioCosenza.eu>

Wie „das Indigene“ zu politischen Zwecken missbraucht wird

Guatemala, 20. Okt. Schon Alvaro Colom rühmte sich vor vier Jahren anlässlich seiner Wahlkampagne, einer der drei einzigen weissen Maya-Priester zu sein, und fühlte sich deshalb berechtigt, seine Amtszeit als eine „Regierung mit Maya-Gesicht“ anzupreisen. Auch die KandidatInnen, die an den Wahlen 2011 teilnahmen und -nehmen, sind sich nicht zu blöde, für ihre Wahlauftritte indigene Accessoires umzuhängen. Luisa Reynolds ging dem Phänomen in einem soeben bei pöonal auf deutsch erschienen Artikel nach:

Otto Pérez Molina, der am 11. September 2011 den ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen in Guatemala gewonnen hat, ist während der Wahlkampagne häufig mit einer traditionellen gewebten Tasche fotografiert worden, die als Jagdtasche bekannt ist. Während die politischen Bestrebungen von Rigoberta Menchú erneut gescheitert sind und sich Indigene weiterhin unbeachtet fühlen, sprangen weitere PolitikerInnen auf den fahrenden Zug auf: Patricia de Arzú von der Unionspartei trug regelmässig die bunten und auffälligen handgewebten Maya-Blusen, die man als Huipiles kennt. Der rechtsgerichtete Populist Manuel Baldizón, Kandidat der Partei LIDER (Libertad Democrática Renovada), der gegen Pérez Molina im zweiten Wahlgang am 6. November 2011 antreten wird, trug mit Maya-Motiven bestickte Guayaberas.

Die Botschaft, die die KandidatInnen vermitteln wollen ist: „Schaut, ich bin eineR von euch“ – was die indigenen Organisationen als „rassistisch“ und „beleidigend“ empfinden. Vor allem, wenn sich PolitikerInnen wie Pérez Molina von der rechtsorientierten Patriotischen Partei PP (Partido Patriota) mit Maya-Kleidungsstücken schmücken. Der ehemalige General der Armee ist mutmasslich in Fälle von Menschenrechtsverletzungen gegen die indigene Bevölkerung während des 36-jährigen Bürgerkriegs in Guatemala verstrickt.

Das war auch einer der Kritikpunkte des landesweiten Dachverbandes der Maya-Jugendorganisationen RENOJ (Red Nacional de Organizaciones Jóvenes Mayas), die am 11. Juli 2011 vorgebracht wurden, als die Vereinigung Mirador Electoral ihren zweiten Bericht zur Wahlbeobachtung präsentierte. Mirador Electoral vertritt eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie RENOJ, die indigene Organisation Naleb und die Bewegung „Mehr Frauen Bessere Politik“ sowie Forschungszentren wie die Lateinamerikanische Fakultät für Sozialwissenschaft FLACSO (Facultad Latinoamericana de Ciencias Sociales) und das Zentralamerikanische Institut für Politische Studien INCEP (Instituto Centroamericano de Estudios Políticos). Sie haben sowohl die Wahlen selbst als auch die Medienberichterstattung zum Thema beobachtet.

„Das Benutzen der Maya-Tracht ist ein Zeichen von Rassismus, Enteignung und gewaltsamer Verdrängung unserer Werte, da man uns aussen vor lässt, wenn es darum geht, das Volk zu repräsentieren“, so Rigoberto Quemé, ehemaliger Bürgermeister von Quetzaltenango und Mitglied von RENOJ.

Irma Citalán, Mitglied von Naleb, betonte, dass nur sechs Prozent der 294 KandidatInnen für den Kongress Indigene waren und nur zwei die Listen anführten: Edgar Ajcip von der Partei LIDER und Amílcar Pop von der linken Koalition Breite Front (Frente Amplio).

Auch die Programme der politischen Parteien enthalten wenig bis gar keine Vorschläge für indigene Belange. Von den zehn Parteien, die an den Präsidentschaftswahlen teilnahmen, hat nur die linke Koalition Frente Amplio, die von Menchú geführt wird, landwirtschaftliche Fragen behandelt. Im Gegensatz dazu sagt die „Agenda des Wechsels“ der PP nichts über die Umsetzung des Abkommens 169 der Internationalen Arbeitsorganisation über die Rechte der indigenen Völker und Stämme. Molina hat wiederholt betont, dass er die Absicht hat, Bergbau, Erdölförderung und Wasserkraftwerke zu fördern, obwohl die skrupellose Ausbeutung der natürlichen Ressourcen in den indigenen Gemeinden für Aufruhr gesorgt hat.

Eine weitere konservative Partei, VIVA (Visión con Valores), heuerte den koreanischen Ökonom Jin Park an, um eine Studie durchzuführen, die später als "Nationaler Entwicklungsplan: Guatemala 2050" veröffentlicht wurde. Während der Präsentation erklärte Park, dass Guatemala Armut und Unterentwicklung nur überwinden könne, wenn die Landwirtschaft durch industriellen Fortschritt ersetzt würde. Zudem begründete er die Unterentwicklung des Landes mit der Anschuldigung, "den Guatemalteken mangelt es an Motivation, vor allem der indigenen Bevölkerung". Indigene FunktionärInnen zeigten sich empört über die rassistischen Kommentare von Park. Pascual Pérez Jiménez, Mitglied des Bündnisses für ganzheitliche ländliche Entwicklung, erklärte, der Vorschlag von VIVA zeige "ein generelles Verständnis von Entwicklung, in dem die indigene Bevölkerung keine Rolle spielt".

Guatemala kann sich lange als „plurikulturell“ und „multiethnisch“ bezeichnen, doch derweil „das Indigene“ nur ein wahltaktisches Um- oder Anhängsel ist oder folkloristischen Zwecken dient, wird sich an der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Realität der Maya-Bevölkerung nichts ändern. Wie dieses „Maya-Gesicht“ in der Praxis aussieht, zeigt die feministische Zeitschrift *La cuerda* in ihrer August-Nummer auf, die dem Thema „Das Erbe des Militarismus“ gewidmet ist. Auf dem Internet zu finden unter: http://lacuerdaguatemala.org/archivo_laCuerda/2011/CUERDA_147_082011.pdf

Wir veröffentlichen im folgenden den Artikel „Von Militärs und Waffen in Huehuetenango“ von Alba Cecilia Mérida vom Studien- und Dokumentationszentrum CEDFOG in Huehuetenango:

Alle Jahre wieder, im November, wenn einige von uns für ein Leben ohne Gewalt demonstrieren, zelebriert die 5. Infanteriebrigade „Marschall Gregorio Solares“ ihren Geburtstag und führt im kulturellen Teil der Feier die Wahl der „Indigenen Königin“ durch. Die Kandidatinnen defilieren im Bikini, in der Festtracht oder mit umgehängten Waffen. Die Szene entspricht genau dem, was Yolanda Colom (übrigens die Schwester des aktuellen Präsidenten, die Red.) den Fortbestand des aufstandbekämpferischen Denkens nennt, und ist Ausdruck davon, wie die Bevölkerung von Huehuetenango den Militarismus internalisiert hat.

Die Präsenz der Armee im mehrheitlich indigenen Departement und die Kontrolle, die sie über die Bevölkerung ausübt, stammen aus den 60er Jahren, als erste Guerilla-Gruppen im Osten des Landes aktiv wurden. In Huehuetenango führte die Regierung die militärische Kontrolle der Bevölkerung ein, um „das Eindringen von regierungsfeindlichen Ideen zu verhindern“. Wir wissen von den Modelldörfern in Chacaj, Nentón, und kennen die *testimonios* über die Massaker, die vom Militär und den Zivilpatrouillen (PAC) verübt wurden. Viele indigene Frauen der Region, die von Soldaten vergewaltigt wurden, kämpfen gegen den Schmerz, der sie viele Jahre lang im Schatten leben liess. Heute denunzieren sie ihre Vergewaltiger und haben sich zusammengeschlossen, um zu verhindern, dass andere Frauen von Zivilisten vergewaltigt werden, die während des Krieges lernten, dass Vergewaltigung eine Waffe der Unterdrückung ist.

Aktuell gibt es fünf Militärkasernen im Departement: Valparaíso in La Democracia, Cuatro Caminos in Santa Ana Huista, Las Palmas in Nentón sowie je eine weitere in San Pedro Soloma und in Santa Cruz Barillas. Die letztgenannte wurde mit der Unterstützung des aktuellen Bürgermeisters eingerichtet, einem ehemaligen PAC-Kommandanten und heutigen Kongressabgeordneten für die Patriotische Partei. Alle genannten Gemeinden sind rote Flecken auf der Landkarte des Departements: in ihnen florieren der Drogen- und Waffenhandel sowie der Schmuggel von Mais und Benzin aus Mexiko. Aber diese Orte sind auch wichtige Zentren des Widerstands gegen die Wasserkraftwerke, und aus den Kasernen heraus wird die Überwachung und Kontrolle der Aktivitäten der UmweltaktivistInnen und ihrer AnführerInnen koordiniert. Als zum Beispiel einige Gemeinden, durch welche die Verbindungsstrasse *Franja Transversal del Norte* führt, vom Bauunternehmen Entschädigungen für entstandene Schäden forderten, trat sofort ein Militärkontingent auf den Plan, um die Bauarbeiter zu schützen.

Seit das Regierungsabkommen über die Zusammenarbeit vom Militär mit dem Regierungsministerium im Jahr 2000 unterzeichnet wurde, ist es üblich, gemeinsame Patrouillen von Polizei (PNC) und Militär in den Strassen der Gemeinden Huehuetenangos zu sehen. Was jedoch nicht dazu führt, dass die Delinquenz abnimmt. Gemäss Berichten des 43. Kommissariats der PNC wurden zwischen Januar und Juli 2011 70 Personen durch Feuerwaffen getötet und weitere 55 verletzt. 19 Frauen wurden in diesem Zeitraum vergewaltigt (und machten eine Anzeige! die Red.). Der Gebrauch von Waffen und Gewalt nimmt im Departement zu.

Der Militarismus und die Waffen sind Teil der Geschichte von Huehuetenango und die Grundlage einer Kultur des Todes, in der sich Körper, Territorien, illegale Kräfte, transnationale Unternehmen, politische Parteien und Unsicherheit und Angst vermischen.

Notstand im ganzen Land

Guatemala, 18. Okt. Präsident Álvaro Colom rief am Sonntag, 16. Oktober, den nationalen Notstand aus. Seit Dienstag, dem 11. Oktober, werden rund drei Viertel des Landes von starken Regenfällen durchnässt, welche schon mindestens 35 Todesopfer gefordert haben laut Daten der *Nationalkoordination für die Reduzierung von Katastrophen* (CONRED) vom 18. Oktober. Die Todesopfer gab es in vom Regen aufgeweichten und einstürzenden Häusern und in Folge von Erdbeben. Oft konnten bei Bergungen nur noch Kadaver „gerettet“

werden. Gemäss ersten Schätzungen wurden unter anderem 738 Schulhäuser zerstört, was 3% der Bildungsstätten entspricht.

Der Direktor der CONRED Alejandro Maldonado spricht des weiteren von 20 Verletzten und zwei verschwunden Personen. Über 5.000 Personen wurden in Notunterkünften aufgenommen, und landesweit wurden insgesamt knapp 7.000 Personen evakuiert.

Das Unwetter mit dem nicht sehr poetischen Namen 12E, so das *Nationalinstitut für Seismologie, Vulkanologie und Hydrologie* (Insivumeh), entspringt dem Tief, welches an der Karibikküste aufkam.

Der Notstand, der die nächsten 30 Tage anhalten wird, hat das Ziel, Notfallfondsgeld des Staates für die Unwetterkatastrophe aufzuwenden, die bisher 154.000 Personen betrifft. Um diesen Notfallfonds entbrannte im Kongress eine hitzige Diskussion: Man entzog dem Finanzminister die Kompetenz, à discretion Gelder für Notfälle zu verteilen, und auferlegte ihm Regeln und Anweisungen, wie er Bericht zu erstatten habe. Der beantragte Betrag von 895 Mio. Quetzals wurde vorläufig nicht gesprochen, und die notleidende Bevölkerung steht weiterhin im wahrsten Sinne des Wortes „im Regen“.

Anlässlich einer Pressekonferenz gab der Rat der Institutionen für Entwicklung COINDE bekannt, dass bisher für rund 6 Milliarden Quetzales Verluste an Ernte (Mais, Bohnen, Sesam und Gemüse) und Infrastruktur zu verzeichnen sind. Auch diesmal seien vor allem die Regionen betroffen, deren sozialer Standard niedrig ist und die vorwiegend von Indígenas bewohnt sind. COINDE erwartet einen 50%-igen Anstieg bei den Preisen der Grundnahrungsmitteln.

Wahlwiederholung in fünf Gemeinden

Guatemala, 13. Okt. Das oberste Wahlgericht (TSE) hat für den 6. November in fünf Gemeinden eine Wiederholung der Wahlen ausgerufen, nachdem die Gemeinderatswahlen vom 11. September für ungültig erklärt worden waren. Gewählt wird in den Gemeinden Pueblo Nuevo Viñas, Santa Rosa; Chinque, Quiché; San José, Petén und El Estor, Izabal. Ebenfalls nochmals gewählt wird in Tectitén, Huehuetenango, weil die Kandidaten der Patriotischen Partei und der UNE gleich viele Stimmen erhielten.

Der 6. November ist im ganzen Land der Tag der zweiten Runde für die Präsidentschaftswahl. Aus „Sicherheitsgründen“ sollen 25 Stimmlokale in abgelegenen Dörfern und Weiler in die jeweiligen Departementshauptstädte verlegt werden. Insgesamt sind von dieser Massnahme 15'000 WählerInnen betroffen, für die der Gang in die nächste grössere Stadt möglicherweise zu teuer oder zu zeitaufwändig oder aus meteorologischen Gründen unmöglich wird und die entsprechend in der zweiten Runde wahlabstinent bleiben.

Tag der Bäuerinnen: Land und Naturrohstoffvorkommen

Guatemala, 17. Okt. Der 15. Tag des Monats Oktober ist den Frauen gewidmet, die in den ländlichen Gebieten unseres Planeten wohnen. Aus diesem Anlass forderten verschiedene Repräsentantinnen von Bäuerinnenorganisationen vom Staat, dass dieser den Zugang zu Landbesitz erleichtere und die Nutzung der Naturressourcen besser verwalte. Dies sei eine fundamentale Strategie, um das Problem der Nahrungsmittelkrise der Familien und Gemeinden zu lösen.

Gemäss María Guadalupe García von der Organisation *Mamá Maquin* hat seit den Friedensabkommen 1996 keine einzige Regierung die Bedürfnisse des bäuerlichen Teils der Bevölkerung beachtet. Vielmehr richte sich die Politik weiterhin auf Ausbeutung, Enteignung des Landes und Lizenzverteilung an transnationale Firmen aus. García erinnerte daran, dass einer der Gründe des internen bewaffneten Konflikts eben die ungerechte Landverteilung war, da sich ein grosser Teil des Landes in den Händen weniger konzentrierte und somit die soziale Ungleichheit extrem gross war.

Neben dem Fehlen des politischen Willens, Bauern Land zu geben, sehen sich die Bäuerinnen von dieser Möglichkeit noch weiter entfernt. García betonte, dass ein System mit patriarchalisch und machistischen sowie neoliberalen Charakteristiken die produktive und reproduktive Arbeit der Frauen nicht wertschätze. Doch es seien eben sie, die Frauen, die Gesundheit, Bildung und Ernährung ihrer Familien garantieren. Die Staatspolitik ihrerseits ziele vielmehr auf eine Lizenzverteilung von grossen Landflächen für Bergbau und Wasserkraftwerke ab, und genau dies verhindere die Entwicklung einer integralen Agrarpolitik, von der eben jene Bevölkerungen profitieren würde, die historisch in Guatemala ausgeschlossen ist.

Auch heutzutage ist der Hunger eine Konsequenz der ungerechten Landverteilung, denn 80% des Landes liegen in Händen von 8% der Bevölkerung, wie 20 Organisationen an einer Pressekonferenz anlässlich des Tags der Bäuerinnen bekanntgaben. Die grossen Landflächen würden zum Anbau von Monokulturen genutzt, die für die Erzeugung von Biokraftstoff bestimmt sind. Nebenerscheinungen seien Abholzung, Ausbeutung und Aussterben von Tieren und Pflanzen. Es seien aber die Frauen, die die Verbindung zwischen Mutter Erde und dem Menschen beschützen, aufrechterhalten und deren Ressourcen zum Wohle der Gemeinschaft verwalten. Wenn nun die Bäuerinnen Zugang zu Landeigentum hätten, würden sie genug Nahrungsmittel produzieren, um den

Hunger und die Nahrungsmittelkrise bekämpfen zu können, den Nahrungsmittelpreis zu reduzieren und die Naturressourcen zu schützen, so gab das Presseschreiben an.

Ex-Staatschef Óscar Mejía Vítores auf der Flucht und Ex-Militär José Mauricio Rodríguez Sánchez im Gefängnis

Guatemala, 14. Okt. Richterin Carol Patricia Flores erklärte den 80-jährigen pensionierten General Óscar Humberto Mejía Vítores als flüchtig. Dieser ist angeklagt, verschiedene Massaker an der indigenen Bevölkerung in den 80er Jahren befohlen zu haben.

Laut der Staatsanwaltschaft könnte Óscar Humberto Mejía Vítores einer jener Militärs gewesen sein, der die Militäraktionen gegen die Aufständischen im internen bewaffneten Konflikt geplant und entwickelt hat.

Als Chef der Armee und späterer Staatschef muss er von den Gräueltaten, die von der Armee während der Suchoperationen nach Guerillas begangen wurden, gewusst haben und wird deshalb des Genozids und Kriegsverbrechen angeklagt.

Allerdings ist der Gesuchte nicht aufzufinden. Staatsanwaltschaft und Zivile Nationalpolizei werden weiterhin nach Mejía Vítores suchen. Man schliesst auch einen internationalen Haftbefehl nicht aus, da man wahrscheinlich davon ausgehen kann, dass er das Land bereits verlassen hat.

Dieselbe Richterin entschied auch im Fall von José Mauricio Rodríguez Sánchez, Ex-Direktor des Geheimdienstes (G-2) der Armee unter der Regierung von Mejía Vítores, der ebenfalls wegen Genozid und Verbrechen gegen die Menschheit angeklagt.

Laut der Staatsanwaltschaft war es José Mauricio Rodríguez Sánchez, der die Militärpläne Victoria 82, Sofía, Firmeza 83 und Ixil erschuf, ausführte und überwachte. Diese sollten zur Bekämpfung der Guerilla und ihrer „KollaborateurInnen“ während der Jahre 1982/83 dienen. Die Staatsanwaltschaft geht davon aus, dass der ehemalige Militär genau wusste, was wann und wie in den Massakern im Gebiet Ixil (Stadtgebiete von Chajul, San Juan Cotzal und Nebaj im Department Quiché) geschah, und zwar in dem Moment, als es passierte und nicht erst danach. In diesem Zeitraum starben 1.771 Männer, Frauen und Kinder, von denen bisher 307 identifiziert wurden. 113 der exhumierten Gebeine stammen wahrscheinlich von Minderjährigen.

Rodríguez Sánchez sagte bisher nicht aus. Sein Anwalt gab an, dass es keine Anhaltspunkte gäbe, die seinen Mandanten direkt mit den Geschehnissen verbinden würden.

Allerdings ist die Staatsanwaltschaft der Ansicht, dass die Funktion von Sánchez im Militär es ihm erlaubte, Informationen über die Region Ixil zu sammeln und somit die Politik der Unterdrückung der Guerillas durch den Plan Victoria 82 umzusetzen. Er wird deshalb beschuldigt, 71 Massaker im Zeitraum 1982/83 dirigiert zu haben und somit 1.771 tote indigene Menschen auf dem Gewissen zu haben.

Aufgrund der Position, die Sánchez im Militär innehatte, entschied die Richterin, dass die Anklage gerechtfertigt sei und schickte den wegen Kriegsverbrechen und Genozid Angeklagten in Untersuchungshaft.

¡Fijáte!

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Barbara Müller – barbara-m@bluewin.ch

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Erscheint vierzehntäglich

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht

Herausgegeben von

Schweiz:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Deutschland und Österreich:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Abos:

¡Fijáte!

Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

barbara-m@bluewin.ch

E-Mail-Abo: Fr. 85.-

¡Fijáte!

Christian Hagmann

Am Bahnhof 6

78315 Radolfzell

fijate@web.de

E-Mail-Abo: Euro 50.-